

# Bund schafft eine «Lex Insieme»

*Bundesrat führt bundesweites Kontrollsystem für öffentliche Aufträge ein*

Nach mehreren Skandalen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge führt der Bundesrat ein Kontrollsystem ein. Künftig müssen jeder einzelne Vertrag und jede Zahlung zentral erfasst werden.

*Markus Häfliger, Bern*

Im Juni flog einer der bisher grössten Beschaffungsskandale beim Bund auf. Die Affäre um das Informatikprojekt Insieme kostete den Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung die Stelle. Urs Ursprung wurde entlassen, weil unter seiner Leitung jahrelang widerrechtliche Beschaffungsaufträge vergeben wurden. Um solche Fälle zu verhindern, führt der Bundesrat nun ein umfangreiches Kontrollsystem ein.

Das System, das 8 Millionen Franken kosten soll, hat drei Elemente:

► **Zentrales Vertragsmanagement.** Neu muss jede Bundesstelle jede Auftragsvergabe und jeden Vertrag in einem Computersystem erfassen. Die Angaben umfassen unter anderem den Vertragspartner und den Vertragswert.

► **Statistik Beschaffungszahlungen.** Alle getätigten Zahlungen müssen in einem neuen Zahlungssystem erfasst werden.

► **Monitoring nachhaltige Beschaffung.** Schon bisher hat sich der Bund zum Ziel gesetzt, Güter und Dienstleistungen zu beschaffen, die soziale, ökologische und ökonomische Mindeststandards erfüllen. Die Einhaltung dieser Standards wird nun mittels Monitoring überwacht.

Gemeinsam sollen diese drei Instrumente die Transparenz des bis anhin undurchsichtigen Beschaffungswesens erheblich verbessern – es geht dabei um ein Auftragsvolumen, das allein 2011 über 5,4 Milliarden Franken umfasste.

Obwohl die neuen Regelungen durch den Skandal in der Steuerverwaltung nun besondere Aufmerksamkeit ernten, ist Insieme nicht ihr direkter Auslöser. Die Verordnungsänderung wurde bereits früher aufgegleist. Den Anstoss dazu gab nicht der Bundesrat selber – im Gegenteil: Noch im Januar wollte er nichts von einem zentralen Kontrollsystem wissen. Das akzeptierte die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte unter Präsident Urs Swalder nicht. Sie verlangte im Februar 2012 die Einführung eines bundesweiten Controllings. Nun ist Swalder mit dem Resultat zufrieden. Vorfälle wie Insieme hätten beim Bundesrat «sicher auch zum Umdenken beigetragen», sagt der Freiburger CVP-Ständerat.

Beim federführenden Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) verspricht man sich viel. Dank dem neuen System könne man in Zukunft genau verfolgen, «wer was bei welchem Anbieter für wie viel Geld in welchem Verfahren einkauft», sagt BBL-Sprecher Jonas Spirig. Das System erlaubt es jeder Verwaltungsstelle und dem Gesamtbundesrat auch, besser zu überprüfen, ob im Beschaffungswesen alles mit rechten Dingen zugeht. Auch ein oft angewandeter Trick wird erschwert: Heute unterteilen Bundesstellen grosse Aufträge oftmals, um die Aufträge nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern unter der Hand vergeben zu können. Künftig werde es «für Verwaltungseinheiten schwierig werden, Aufträge zustückeln, ohne dass dies auffällt», sagt Spirig.

Mit dem neuen System wird es auch einfacher, massgeschneiderte Statistiken über Verträge und Zahlungen zu erstellen. Voll einsatzfähig soll das neue System Ende 2015 sein.